Donnerstag, 23. August 1923 · 71. Jahrgang Nr. 394

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 30 000 M.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Brot	116000	Gas cbm	20000
markenfrei	400000	Wasser cbm	100000
Markensuppe	4800	20-Mark-Stück	14 680 000
Milch 1 Liter	120000	Goldzollaufgeld	56 809 900
Erik. Ztr. 1766000, Koks	4012000	Schlüsselzahl für Bücher	900000
Strom Licht und Kraft	300000	Index für Aerzte, Berlin	480000

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen knapp, Preise für Süsswasserfische höher. Schellfisch 250 000—280 000 M., Kabeljau 620 000—660 000 M., Seelachs 450 000—320 000 M., Dorsch 220 000—250 000 M., Flundern 200 000—300 000 M., Makrelen 320 000—350 000 M. in Eis: Hechte 560 000—600 000 M., Schleie 600 000—650 000 M., Aale 950 000—1 100 000 M., Bleie 340 000—370 000 M., lebend: Hechte 800 000 bis 900 000 M., Schleie 825 000—950 000 M., Margarine 700 000—850 000 M., Butter 1 500 000—2 000 000 M.

Strassenb. 100000, Umsteig.	150000	Ptk. O. 200, Fern u. Oest.	400 Ausl.
Hochb. II. 25—45000, III. 25	35000	1800, Tschechosl. u. Ungarn	1400
Stadtbahn .. II. 60000, III.	40000	Brief Ort 400, Fern u. Oest.	1000
Omnib. Teil 100000, g. Str.	120000	Ausl. 3000, Tschsl. u. Ung.	2400
Droschke kr. × 600000 Fl. ×	400000	Telegr. 600 d. W., Grundgeb.	1600
Tel. 114000, Gesp. 10000, Aut.	20000	n. Ausland je nach Währung	

Dollar: 5080000

Der Oehme-Prozeß vor dem Reichsgericht wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt.

Anläßlich der Leipziger Messe findet am Montag abend in Leipzig eine große Kundgebung gegen den Wirtschaftskrieg am Rhein, Ruhr und Saar statt.

Die bayerische Staatsregierung hat einen Aufruf erlassen.

Gestern wurden 100 Eisenbahnerfamilien, zusammen etwa 315 Personen, aus Mülheim-Speldorf ausgewiesen.

Laut Beschluß des Messekomitees wird die Messe in Nischni Nowgorod zu dem festgesetzten Termin geschlossen werden.

Wie die Kölner Blätter aus Dortmund berichten, beginnen jetzt die Franzosen auch mit der Ausweisung von Arbeitern.

In Spanien finden große Kundgebungen gegen den Feldzug in Marokko statt.

Die Angora-Regierung hat eine große Anzahl gefangener griechischer Offiziere in Freiheit gesetzt.

Ein offenes Schreiben an die Reichsregierung

Professor Dr. Goldscheid und Dr. Kuczynski zur deutschen Finanzkatastrophe

Die Finanznot des Reichs schreit nach sofortiger Abhilfe. Steuerliche Maßnahmen oder Devisenverordnungen können Rettung nicht mehr bringen, weil sie sich zu langsam auswirken. Sie können den rasenden Sturz der Mark nicht aufhalten, der binnen kurzem zu einem wütenden Kampf aller gegen alle und zu einer Verelendung führen muß, gegen deren Grauenhaftigkeit alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, verblassen wird. Eine solche Katastrophe kann nur noch verhütet werden, wenn sofort Maßnahmen getroffen werden, die die Stillegung der Notenpresse ermöglichen.

Erste Maßnahme: Die Reichsregierung verpflichtet sich unverzüglich, alle Papiermark zu dem jetzigen Dollarkurs gegen Goldmark einzulösen. Da der Gesamtwert der umlaufenden Banknoten höchstens 100 Millionen Goldmark beträgt, würde es genügen, wenn die Reichsregierung hierfür 100 Millionen Goldmark zur Verfügung hält. Da jedoch die Ausgaben des Reichs einstweilen seine Einnahmen übersteigen, müßte es die zur Einlösung abgelieferten Noten wieder verwenden oder neue Noten drucken lassen. Das Reich benötigt daher weitere 100 bis 200 Millionen Goldmark, um in der Uebergangszeit, d. h. bis zur Balancierung seines Haushalts, die wieder ausgegebenen bzw. die neuen Noten gegen Goldmark einlösen zu können. Die insgesamt erforderlichen 200 bis 300 Millionen Goldmark könnten in wenigen Tagen von der Reichsbank, erforderlichenfalls unter Heranziehung der Großindustrie, gestellt werden. Auf diese Weise wären einstweilen alle Noten voll durch Gold gedeckt; ein weiteres Sinken der Mark wäre unmöglich.

In der so gewonnenen kurzen Atempause müßte dann mit der zur Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt erforderlichen großen Vermögensabgabe begonnen werden. In erster Reihe würde es sich dabei um eine Erfassung der Sachwerte handeln. Die Aktiengesellschaften hätten Gratisaktien auszugeben und an das Reich abzuliefern. (Andere Großbetriebe wären in Aktiengesellschaften mit der gleichen Verpflichtung umzuwandeln.) Das Grundvermögen (Landwirtschaft, Forsten usw.) würde seine Abgabe durch Eintragung einer Grundschuld zugunsten des Reiches leisten. Ein Teil der Abgabe könnte dann an die Entente zwecks Abgeltung ihrer Reparationsansprüche übereignet werden.

Nur durch ein derartiges System von rasch durchführbaren Maßnahmen kann das Aeußerste verhütet werden, können die deutsche Währung, die deutschen Finanzen, die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung kommen. Es ist aber keine Zeit zu verlieren. Die Entwicklung überstürzt sich. Was sich noch 1922 in Monaten abspielte, vollzog sich später in Wochen, jetzt in Tagen. Bald geht es vielleicht um Stunden. Dann aber bricht das Verhängnis über uns zusammen.

Aufgabe der Regierung ist es, jetzt zu handeln!

Berlin, den 22. August 1923.

Rudolf Goldscheid. Robert Kuczynski.

Der Index der Woche

Statistisches Reichsamt

Durchschnitt Juli	37 651,	monatl. Steiger.	392,4 %
30. Juli	71 476,	wöchentl. Steiger.	81,7 %
6. August . . .	149 531,	„ „	109,2 %
13. „ . . .	436 935,	„ „	192,2 %
20. „ . . .	753 733,	„ „	72,5 %

Minister Dr. Böltz bei den Segelflügen

Um das Interesse an den hervorragenden Leistungen zu befunden, die die technischen Hochschulen auf dem Gebiete des Segelfluges bisher erzielt haben, ist der preußische Kultusminister Dr. Böltz zur Teilnahme an den diesjährigen Rhönflugveranstaltungen abgefahren.

Baldige Entscheidung unwahrscheinlich

Ungünstiger Eindruck der französischen Antwort in England
Neue Verschleppung – Mißtrauen gegen Poincarés Absichten

London, 22. August. (W. T. B.)

Reuter zufolge wird Baldwin, der heute nach London zurückkehrt, wahrscheinlich unformelle Unterredungen mit den Ministern haben, die sich gerade in London befinden. Wie verlautet, wird Lord Curzon für den Augenblick seine Kur in Bagnolles fortsetzen. Es sei wahrscheinlich, daß die Verhandlungen zwischen England und Frankreich bis in den nächsten Monat fortdauern werden. Jeder Punkt der französischen Note werde sorgfältig geprüft werden und keine eilige Entscheidung sei wahrscheinlich.

Paris, 23. August. (E. E.)

Nach einer Londoner Meldung des „New York Herald" kehrte Baldwin gestern abend nach London zurück, um die französische Antwort auf die englische Note zu studieren. Poincarés Antwort hat außerordentlich enttäuscht, weil in ihr keinerlei Fortschritt zur Lösung der großen Krisen zu erblicken seien. Man befürchtet, daß Poincaré unter allen Umständen entschlossen sei, im Ruhrgebiet ohne Rücksicht auf die Zahlungen Deutschlands zu bleiben. In konservativen Kreisen wird auf eine persönliche Aussprache zwischen Poincaré und Baldwin gedrängt.

Pariser Stimmen zur Note

Der Offiziosus

„Poincaré hat den Ton der englischen Note nicht nachahmen wollen ... Der Chef der französischen Regierung bemüht sich in einem Augenblick die Entente zu retten, in der sie in Gefahr schwebt." („Temps")

Die Opposition

„Wir werden nicht nachgeben, wir werden nicht räumen, wir werden nicht bezahlen, wir machen keine praktischen Vorschläge, ihr seht also, daß wir euch nichts zu sagen haben." („Humanité".)

„Die Politik vom 11. Januar verfügt nicht mehr über ihre alte Intensität. Sie bedeutet keinen entschlossenen Schritt auf das Kompromiß hin, aber Frankreich weicht vor dem Bruch zurück." („Ere Nouvelle".)

„Gleich Null"

Britische Kommentare

„Poincaré wendet sich mehr an seine französischen Kritiker, als an die britische Regierung." („Daily Chronicle".)

„Die unschuldigen Beteuerungen Poincarés bezüglich der politischen und [illegible]hen Ziele im Ruhrgebiet machen keinen Eindruck. Die Logik der Tatsachen macht seine Ableugnungen wertlos." („Daily News".)

„Poincarés Note beweist, daß die französische Regierung ihren Standpunkt nicht verändert hat." („Daily Herald.")

„Frankreichs Zugeständnisse für den britischen Standpunkt sind gleich Null." („Daily Telegraph.")

Die Zufriedenen

„Poincaré hat England den Oelzweig entgegengehalten ..." („Daily Mail")

„Deutschland würde überrascht sein über den Edelmut, mit dem es Poincaré behandeln würde, wenn er bereit sein sollte, den passiven Widerstand einzustellen." („Morningpost")

Coolidge will passiv bleiben

London, 23. August. (E. E.)

Wie aus New-York gemeldet wird, ist Präsident Coolidge entschlossen, an der Politik Hardings, sich den Ereignissen in Europa fernzuhalten, festzuhalten. Nach einer offiziösen Erklärung des Weißen Hauses werden alle Gerüchte, als ob die amerikanische Politik nach Europa zurückkehren werde, dementiert. Der Präsident sei überzeugt, daß nichts geschehen sei, um eine Aenderung der amerikanischen Politik herbeizuführen. Der Präsident würde eine Vermittlerrolle nur übernehmen und Vorschläge insbesondere zur Lösung der Reparationsfrage nur dann machen, wenn er die Sicherheit haben würde, daß seine Anregungen angenommen würden.

Die Katastrophe der Papiermark

Dr. Hilferding vor dem Reichstagsausschuß — Die Deckung aller Länder- und Gemeindeausgaben durch das Reich — Die Notgeldanarchie — Schleunigste Beseitigung

Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hatte die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zum Gegenstand der Tagesordnung.

Der Vorsitzende Abg. Heimann (Soz.) wies auf die große Wichtigkeit dieser Materie hin, deren Gesamtkomplex die Wurzeln des staatlichen Seins betrafen.

Alsdann nahm Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Ich habe zunächst den Herrn Reichskanzler zu entschuldigen, der durch dringende Geschäfte unabkömmlich ist und deshalb nicht selbst in der Sitzung seine Ausführungen machen kann, wie es ursprünglich seine Absicht gewesen ist.

Meine Herren! Die neue Regierung hat die Geschäfte übernommen in einer Situation, die nicht nur politisch und sozial außerordentlich ernst ist, sondern die auch vom finanzpolitischen Standpunkt aus als fast verzweifelt angesehen werden muß. (Sehr richtig.)

Die außerordentliche Erregung und Gärung, die in der letzten Zeit des Kabinetts Cuno die Massen ergriffen hat, und die eine Folge der plötzlich rapid weiterschreitenden Dollarsteigerung gewesen ist, hat unsere ganze Finanzverwaltung in eine geradezu furchtbare Verwirrung gebracht.

Eine der ersten Aufgaben ist es, durch die energischsten Maßnahmen hier wiederum zu einer gewissen Grundlage der Finanzpolitik überhaupt zurückkehren zu können. Die Erregung hat sich sozial in außerordentlich starken Lohnbewegungen ausgewirkt, die aber trotz ihrer Höhe im wesentlichen nur eine gewisse Anpassung an die Preise gebracht hat. Als die Lohnerhöhungen festgesetzt wurden, konnte die Unternehmerschaft mit einem Dollarstand kalkulieren, der sich damals etwa zwischen fünf und sechs Millionen bewegte, und von dem man annehmen konnte, daß er in den nächsten Tagen noch weitaus höher gehen würde. Als dann in den nächsten Tagen eine gewisse Beruhigung einsetzte, und der Dollar auf drei Millionen zurückging, hatten in vielen wichtigen Gewerbezweigen die Löhne bereits den Friedensstand erreicht oder waren über dem Friedensstande.

Ebenso waren die Preise vieler wichtiger Rohprodukte, zum Teil auch die Lebensmittelpreise über das Weltmarktniveau gestiegen, so daß die größte Gefahr bestand, daß der Export stocken werde und als Folge davon eine allgemeine Wirtschaftskrise eintreten würde. Neben der ungeheuren Teuerung bestand eine ungeheure Verwirrung auf dem Devisenmarkt. Für die Finanzverwaltung haben sich dann die Dinge so ausgewirkt, daß wir ebenfalls zu Lohnerhöhungen und Gehaltserhöhungen schreiten mußten, die für die Ausgabenwirtschaft des Reiches außerordentlich stark ins Gewicht fielen.

Wir sind jetzt in der Situation, daß wir heute nicht nur für alle Ausgaben des Reiches aufzukommen, daß wir nicht nur das kolossale Defizit des Reiches zu decken haben, sondern, daß wir auch in die Zwangslage gebracht worden sind, die ganzen Ausgaben der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen der Länder und Gemeinden zu decken; nicht etwa bloß in dem Ausmaße, wie es dem Finanzausgleichsgesetz entsprechen würde; praktisch ist heute die Sache vielmehr so, daß wir darüber hinaus, das gesamte Defizit, das die Länder haben, und zum großen Teil auch das gesamte Defizit, das heute in den Kommunen entsteht, auf das Reich übernehmen müssen, wenn nicht der Zusammenbruch der gesamten Verwaltung eintreten soll.

Denn Länder und Kommunen sind gar nicht in der Lage, aus bereitstehenden Mitteln die außerordentlichen Erhöhungen der Gehälter und Löhnungen tragen zu können.

Wir sind also in einen Zustand geraten, wo die gesamten Ausgaben der Verwaltungen vom Reiche getragen werden müssen, obwohl das Reich selbst nicht die notwendigen Mittel aus den Steuern für diese Ausgaben aufbringen kann. Aber, meine Herren, in der letzten Zeit haben sich auch noch Symptome bemerkbar gemacht, die außerordentlich beunruhigend sind, und Symptome, die eine ganz energische Gegenaktion unbedingt erforderlich machen. Es ist bekannt, daß die Beilegung des Buchdruckerstreiks, die eine absolute Notwendigkeit gewesen ist, weil durch den Streik in der Reichsdruckerei und in den übrigen Notendruckereien wir in eine fürchterliche Kalamität wegen des Notenmangels geraten waren, nur möglich gewesen ist, indem das Reich die Zusage gemacht hat, daß es einen Teil der Lohnerhöhungen aus eigenen Mitteln decken würde. (Hört, hört!) Wir sind also dahin gekommen, dazu überzugehen, auch Löhne der Privatindustrie unmittelbar auf das Reich zu übernehmen. Neben diesen Löhnen der Privatindustrie zahlen wir aber im Grunde genommen augenblicklich auch einen Teil der Gehälter sämtlicher gemeinnützigen Anstalten, sämtlicher Fürsorgeanstalten und dergl.

Kurz und gut, die Ausgabenseite des Reiches ist unübersehbar geworden, ein Zustand, der nicht länger bestehen bleiben darf, zu dessen Abstellung die größte Energie der Regierung erforderlich ist.

Aber dazu gesellt sich noch etwas anderes. Wir sind auch auf dem Währungsgebiet in einen geradezu anarchischen Zustand geraten.

Die Banknotenknappheit hat eine außerordentliche Panik erzeugt und dazu geführt, daß wir die ersten Erscheinungen einer Repudiation der Mark bemerken konnten: die Mark wurde nicht mehr allgemein als Zahlungsmittel

genommen; insbesondere die Landwirtschaft und im Anschluß daran auch gewisse Kreise des Einzelhandels begannen den Verkauf gegen Mark einzustellen. Diese Erscheinung in Verbindung mit der anderen, daß Banknoten überhaupt nicht zu haben waren, hat diese ungeheure soziale Gärung erzeugt. In der Folge wurde zunächst als eines der Abhilfsmittel die Ausgabe von Notgeld gewählt. Das Notgeld wurde aber in der Folgezeit garnicht mehr mit Genehmigung der Reichsbank und in Verbindung mit der Reichsbank ausgegeben. **Alle Sicherstellungen für die spätere Einlösung des Notgeldes für die Privatbetriebe, die Kommunen usw. wurden unterlassen, und mit der Reichsbank wurde garnicht darüber verhandelt, ob das ausgegebene Notgeld wieder eingelöst wird.** Ein Teil dieses Notgeld ist mit Genehmigung und gegen die Einlösungsverpflichtung der Reichsbank ausgegeben worden. Aber zahlreiche Privatbetriebe, namentlich auch zahlreiche Kreise gingen dazu über, völlig ungesetzliches und unfundiertes Notgeld auszugeben. Wie groß dies Ausgabe dieses Notgeldes ist, läßt sich im Augenblick sehr schwer sagen; sie geht aber in viele Billionen. Sie ist ein Zustand, der die Inflation außerordentlich steigert und überhaupt große Unsicherheit erzeugt, ein Zustand,

der, solange er andauert, jene Währungspolitik auch rein technisch unmöglich macht.

Wir sind auch hier in gewisse, geradezu anarchistische Zustände hineingekommen. Auch hier wird es die Aufgabe der Regierung sein, für Abhilfe zu sorgen. Das Problem ist schwer im besetzten Gebiet, aber im unbesetzten Gebiet muß diese ungeregelte Notgeldausgabe möglichst rasch beseitigt werden, die Noten müssen zur Einlösung gelangen. Die Reichsbank ist in der Lage, den Notenbedarf zu decken. — Das ist die eine Seite der finanziellen Situation. Die andere Seite ist die, die Hoffnung, die im Reichstag vorhanden war, daß durch die starke Anspannung der Steuerschraube es gelingen würde, im Augenblick bereits ein gewisses Gleichgewicht des Budgets herzustellen, läßt sich augenblicklich nicht ganz erfüllen. So schwer die Steuern sind, **die Ausgaben des Reiches sind infolge der soeben geschilderten Entwicklung doch derart, daß wir zunächst nicht in der Lage sind, durch Steuern den ganzen Betrag der Ausgaben zu decken.**

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Geheimverhandlung im Oehme-Prozeß

Ausschluß der Oeffentlichkeit für die gesamte Verhandlung

Leipzig, 23. August. (W.T.B.)

Vor dem erstinstanzlichen Senat des Reichsgerichts beginnt heute unter Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Richter der Landesverratsprozeß gegen den 31 Jahre alten Berliner Schriftsteller Walter Oehme, der sich seit 24. März dieses Jahres in Untersuchungshaft befindet. Nach der Anklage soll Oehme in den Jahren 1921 und 1922 in fortgesetzter Handlung Nachrichten, die im Interesse des Deutschen Reiches vertraulich und geheim zu halten waren, an ausländische Regierungen bzw. Vertrauensleuten ausländischer Regierungen mitgeteilt haben und dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet haben. Zu der Verhandlung, die einige Tage in Anspruch nehmen dürfte, sind 15 Zeugen geladen. Als Sachverständige des Gerichts sind Wirklicher Geheimer Legationsrat Morath vom Auswärtigen Amt und Oberleutnant Goepps vom Reichswehrministerium erschienen. Von der Verteidigung sind als Sachverständige Chefredakteur Georg Bernhard, Redakteur Ackermann, Dr. Thimm, Ministerialdirektor Dr. Brecht, Regierungsrat Alfons Steiger und die Reichstagsabgeordneten Aufhäuser und Fröhlich geladen. Reichsanwalt Neumann vertritt die Anklage. Die Verteidigung ruht in den Händen von Dr. Levi und Justizrat Werthauer (Berlin). **Auf Antrag des Reichsanwalts wird die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und der Staatssicherheit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.** Sämtlichen Zeugen und Sachverständigen werden verpflichtet, über die Verhandlungen Schweigen zu bewahren. Teilweiser Ausschluß der Oeffentlichkeit und Zulassung der Presse, die von der Verteidigung beantragt war, erschien dem Gericht nicht angebracht, da sämtliche Punkte der Anklage ineinandergreifen.

Dem Ausschluß der Oeffentlichkeit widerspricht die Verteidigung. Dr. Levi gibt zu, daß bei einem ganz geringen Teil der Anklagepunkte der Ausschluß der Oeffentlichkeit zu verfügen sei. In seiner Gesamtheit verträgt der Prozeß aber eine Verhandlung im vollen Lichte der Oeffentlichkeit. Er und Justizrat Dr. Werthauer fordern aber, daß, wenn die Oeffentlichkeit ganz oder teilweise ausgeschlossen werde, doch der Presse gestattet werde, der Verhandlung beizuwohnen. Dr. Levi verweist auf den Prozeß Fechenbach, der eine Parallele zu diesen Prozeß sei, und in dem der Presse die Teilnahme an den Verhandlungen gestattet wurde.

Der Angeklagte Oehme erklärt, daß für ihn ein wesentliches Interesse darin bestände, daß in voller Oeffentlichkeit verhandelt werde. Sein Ansehen und seine Berufsehre seien schon durch die Voruntersuchung sehr geschädigt. Es liege ihm daran, daß über Wesen, Zweck und Aufgabe seiner Berichterstattung volle Klarheit in der Oeffentlichkeit geschaffen werde. Er müsse daran denken, daß er in Kürze wieder seine journalistische Arbeit aufnehmen werde. Das würde aber nur dann in vollem Umfange möglich sein, wenn die Oeffentlichkeit sich ein Bild von seiner Tätigkeit gemacht haben könne. Auf jeden Fall bitte er, die Presse zuzulassen.

Nachdem der Gerichtshof sich zu kurzer Beratung zurückgezogen hat, verkündet Senatspräsident Dr. Richter folgenden Beschluß:

„Die Oeffentlichkeit wird für die Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen."

Das Gericht ist aber noch weiter gegangen: Sämtlichen an der Verhandlung teilnehmenden Personen wird zur Pflicht gemacht, strengste Geheimhaltung zu wahren. Wer dieses Schweigeverbot bricht, macht sich strafbar. Ebensowenig hat das Gericht anerkennen können, daß den Vertretern der Presse die Teilnahme an den Verhandlungen zu gewähren sei. Nur den Vertretern der Regierungen und dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons wird gestattet, dem Prozeß beizuwohnen. Hierauf wird der Saal geräumt.

„Die Ruhrschmach"

Zu einem „politischen Film" — Trauriger „Aufklärungsdienst" — Wo kommen die Gelder her?

„Die Ruhrschmach" ist der Titel eines Films, den die „Aufklärungsdienst-Verlagsaktiengesellschaft" im Verein mit der Schriftleitung des „Rheins", Blätter zur Befreiung der Rheinlande, in den Kammersälen in der Teltower Straße ihren Freunden und Gästen vorgeführt hat. Nach einigen recht dilettantischen Darbietungen in Musik und Deklamation, die der Veranstaltung das Gepräge einer Familien- oder kleinen Vereinsfeier gaben, nahm Herr Chefredakteur Mehdem, vom Programm als „persönlicher Freund Schlageters" bezeichnet, das Wort, sagte allerlei zur Ruhr- und Rheinfrage und kündigte mit einem großen Aufwand von Schlagworten den Film an, der Schaudern, Haß, Abscheu und Verachtung hervorrufen werde. Empfindungen, die schon während dieser Rede in erregten Zurufen zum Ausdruck kamen, wobei sich ganz besonders die Frauen hervortaten. Der Film aber sollte nach der Versicherung des Sprechers die „Wahrheit" bringen und in Aufnahmen nach der Wirklichkeit alle die Greuel zeigen, deren die Franzosen an der Ruhr sich schuldig gemacht haben. Sollte! Denn was folgte, war beinahe eher ein Dementi als eine Bestätigung des mit so starken Worten Verheißenen. Ein Ragout aus älteren, zum Teil vortrefflichen Bildern aus dem rheinischen Industriegebiet leitet den Film ein; man ist ihnen schon da und dort begegnet. Daß sie nicht hierher gehören, merkte man im weiteren Verlauf der Begebenheiten, als die „Greuel" losgehen sollten. Sollten, sollten, immer sollten! Freilich, die den einzelnen Bildern vorangehenden „Titel" kündigen Schaudervolles an. Was man aber nicht zu sehen bekommt, das sind die Greuel und das Schaudervolle. Und um so weniger fast ist zu sehen, je mehr Empörung diese Titel von den Zuschauern für das verlangen, was sich dann nicht einstellt. Vergewaltigungen, Peitschenhiebe, Drangsalierungen, jawohl, wir wissen davon, haben davon gelesen, lesen jeden Tag davon — aber die Aufnahmen? In großer Entfernung geschieht etwas, aber was? Man sieht es nicht; es könnte ebensogut etwas anderes sein als die vom Titel behauptete „gräßliche Schandtat". Denn eben, wo die Bilder fehlen, denkt man, da stellt auch hier zur rechten Zeit das Wort sich ein. Das ist doch wirklich nicht die Mission des politischen Films! Das ist Kinderspiel, unreif, Phrasenmacherei. Und welchen Sinn hat es, wenn mitten unter den Filmbildern, die immerhin eine Wirklichkeit wiedergeben wollen, leblose Photographien erscheinen, die illustrierten Zeitschriften entnommen sind, und „gestellte" Nachbildungen nicht authentischer Zeichnungen, wie jener von der Erschießung Schlageters? In diesem letzten starren Bilde, bei dem die Zuschauer sich von ihren Plätzen erhoben, gipfelte die Veranstaltung, die, auch abgesehen von dem künstlerisch rückständigen Charakter des Ganzen, im Widerspruch steht zu der von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligten Politik der letzten Tage. Den Zielen des Volksopfers — für das geworben werden sollte — ist dieser Film in keiner Weise förderlich. a—l.

*

Die verantwortlichen Stellen beantworten uns vielleicht die Frage, wer diese Glanzleistung von „Aufklärungsfilm" angeregt und bezahlt hat. Der Gedanke, daß die Mittel aus dem Volksopfer stammen könnten, ist einfach unerträglich!

Bayerischer Einspruch gegen Eberts Presseverordnung

München, 23. August. (Eca.)

Wie die „München-Augsburger Abendzeitung" mitteilt, hat die bayerische Regierung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August, die sich gegen Auswüchse im Pressewesen richtet, beim Reichspräsidenten Verwahrung eingelegt, weil die Verordnung ohne vorherige Fühlungnahme mit den Regierungen der Länder erlassen worden sei.

Ein neuer Polizeipräsident für Kassel

Wie aus Kassel gemeldet wird, ist Regierungsrat Pätsch aus dem Minicherium des Innern, der bisher Ministerialdirektor Dr. Abegg direkt unterstellt war, zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Kassel ernannt worden. Regierungsrat Pätsch, der ursprünglich Generalstabsoffizier war, trat 1919 in die Schutzpolizei ein, wurde dann auf Grund besonderer Leistungen in das Kommando der Schupo versetzt und schließlich vom Minister Severing ins Ministerium berufen.

Phantasien an deutschvölkischen Kaminen

Danzig löst sich von der deutschen Papiermarkwährung und schafft sich mit Hilfe einer Auslandsanleihe eine eigene Valuta. Frau Dr. Käthe Schirmacher betrauert in der „Deutschen Zeitung" diesen Schritt zur „Entdeutschung" Danzigs. Fast wird den Danziger Senatoren der Vorwurf einer vaterlandslosen Politik gemacht.

So wenig wir Veranlassung haben, die deutschnationale Danziger Regierung gegen ihre reichsdeutschen Parteifreunde zu verteidigen, so wichtig ist es vielleicht, darauf hinzuweisen, daß eben das Finanzregime Havenstein—Hermes—Helfferich, das die Papiermark unter Herrn Cunos Assistenz tödlich vergiftete, den entscheidenden Anstoß zu dem Danziger Vorgehen gab, daß die reichsdeutschen Deutschnationalen, die die Hauptstütze Cunos waren, auch die Hauptschuld an der Zerreißung der Währungseinheit zwischen Danzig und dem übrigen Deutschland tragen. Ihr Jammern ist entweder die Folge tiefreichender Gedankenlosigkeit oder — Heuchelei! Daß man aber vollends in dem Augenblick, wo in Deutschland die wichtigsten Artikel des Lebensbedarfs den Weltmarktpreis überschreiten, fürchtet, Danzig könnte für das von den eigenen Produzenten ausgehungerte deutsche Volk zu teuer werden, ist ein boshafter Witz, dessen Diskussion nicht lohnt.

Wir glauben im Gegenteil, daß das Danziger Vorbild im Kleinen zeigt, wie Deutschland im Großen sich aus dem Währungselend retten kann. Ist es nicht vielleicht besser, selbst sein Schicksal in die Hand zu nehmen, statt, wie die Deutschnationalen Oesterreichs, den Völkerbundskommissar herbeizuholen?

Oeynhausener Kurtage

Von

Max Schaudinn

Oeynhausen, im August.

Der Wettergötze des Saturnjahres 1923 zeigte sich hier ebenso tückisch wie in Berlin. Bei der lange Wochen anhaltenden Kühle meinte man sich durchweg im Spätseptember. Stundenlanger Regen narrte mit minutenkurzem Sonnenschein die nicht allzu zahlreichen Kurgäste: Einige Holländer, Nordländer, Polen, Berliner Kaufleute, Hannoveraner, Sachsen, viele Ostpreußen, alte Militärs und noch mehr Schwerkriegsbeschädigte, jene unselig Ausgezählten des vierjährigen Weltbox- und Würgekampfes an Stöcken, Krücken, in Rollstühlen und Selbstfahrern, deren Anblick so manchem Müßiggänger hier augenmerkliches Unbehagen verursacht. Und nun, seit wenigen Tagen, hat sich hier die erste verdeutlichte Weissagung erfüllt, von denen das Jahr des Unheils 1923 uns schon so reichlich beschert: die westliche Wärmewelle, der heiß und heißer ersehnte, vorzeitige indian summer, ist eingetroffen mit neuzeitlicher Verspätung. Wie nach einer verjüngenden Schälkur trägt jetzt Oeynhausen ein neues Gesicht.

Seine heutige Bedeutung als Badekurort dankt es, gelegen in landschaftlich ausgesuchter Umgebung, dem Berghauptmann Freiherrn v. Oeynhausen (1795 bis 1865), dem Finder der heilkräftigen Thermalquellen.

Ein fast hundertjähriger Kurpark mit starken, hochständigen Eichen, Linden, Tannen, Erlen, Weiden, Rot- und besonders Trauerbuchen erfrischt müde Menschen.

Die Milchkuranstalt hinter tausend Rosen, das Kurtheater, die reichen gärtnerischen Anlagen zwischen Büschen von Jasmin und Heckenmalven, anmutigen Rabatten mit Begonien und Pelargonien, gesäumt von dem Regelmaß hochstaudiger Glockenblumen in Weiß und Blaurot, der Goldfischteich inmitten alter Trauerbuchen an heimlichen Sarbgängen, satte Grasteppiche, jene echtesten, naturgewirkten Kelims und Djidjims, welche den Großstädter anlächeln wie Bromwirkung, das Renaissancekurhaus mit erlesenem Marmorwerk im Innern, die sonn- und benefiztäglichen, farbigen Leuchtfontänen, die Klassiker nicht ungewandt beherrschende Kurkapelle, der Brunnen und Musiktempel, die Spiel- und Lesesäle, — sie alle verraten in schöner Summe die jahrzehntelange, volksfreundliche Kunstpflege des weiland Schaumburg-Lippischen Fürstenhauses.

Lächelnd führt uns der Wetterprophet, der Recht behalten hat, in die Spazierstätten am Siel, Promenaden mit reichhaltigem Buschwerk in leichter Niederung an der gemächlich ziehenden Werre; weiter an die Ruheplätze in der nahen Oeynhausener Schweiz, östlich des Kurparkes. Ihre Stunden sinnen und singen! — Leicht wird hier dem Träumer die alte Vorstellung von verschollenen, zeitenjungen Frühlingsbildern, in ihren kühldunklen Hainwegen mit den versteckten Ruhebänken und den flüsternden, dichtumbuschten Lichtungen, welche Schwarzdrosseln und zutraulich auf den Tisch flatternde Finken beleben. Von der Nordseite der örtlichen Schweiz gewinnt man einen prächtigen Ausblick auf das Wiehen- und Wesergebirge, das ostseits bekrönt wird durch die Porta Westfalika.

Wer es trotz der Longfellow-Stimmung dieser vorwöchigen Sommerzeiten — „und die Tage sind trüb' und traurig" — oder vielleicht gerade ihretwegen, unternommen, zwei Eisenbahnstationen von hier zu fahren nach Porta, den Wittekindberg zu besteigen, bis zum Denkmal des alten Wilhelm, der findet sich erhebend belohnt durch eine herrliche Fernsicht.

Zu Füßen wandert die Weser ihre regentrübe Bahn. Dort drüben nach Norden hin spreizen sich die Türme von Minden in den stumpfen Wolkenhimmel, umgeben von dem glattgewaschenen Ziegelrot giebeliger Spitzwegdächer. Nach Westen ziehen sich die Waldhänge des Wiehengebirges, und nur wenige Bahnstunden darüber hinaus bläht sich bereits der gallische Hahn über deutschem Elend.

In 15 Bahnminuten ist Oeynhausen wieder erreicht ...

Ueber dem abendlichen Garten des Kurhauses spielen leuchtende Buntwasserkaskaden! ...

Die Stradella-Ouvertüre ist soeben verklungen. Erfrischend streicht der Abendwind. Die Kurpromenade wird behender. Von irgendwo quillt wie kichernde Fuge Frauenlachen. Wieder jauchzen die Geigen ...

Tage der Stärkung in tiefer Not, seid bedankt!

Flüssiges radioaktives Licht. Eine recht merkwürdige Geschichte, die mit Rücksicht auf die Quelle, der sie entstammt, mit gehöriger Vorsicht aufzunehmen ist, läßt sich die Pariser Ausgabe des „New York Herald" aus New-York melden. Danach will der bekannte amerikanische Chemiker Bienso einen radioaktiven Leuchtstoff in flüssiger Form entdeckt haben, der wie jede andere Flüssigkeit, in ein Gefäß gegossen wird und jahrelang, ohne erneuert zu werden, verwendet werden kann. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des genannten Blattes sprach sich der Erfinder dahin aus, daß dank seiner Erfindung in absehbarer Zeit vielleicht Kohle und Petroleum als Leuchtmittel der Vergangenheit angehören werden. „Das neue, flüssig gemachte Licht", so führte er aus, „ist an Helligkeit dem elektrischen Licht überlegen und kann in bezug auf Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit mit keinem anderen Licht verglichen werden. Man kann es zehn bis fünfzehn Jahre zu Beleuchtungszwecken verwenden, ohne daß man sich in dieser Zeit um den Leuchtstoff zu kümmern braucht.

Strindbergs Tochter als Dramatikerin. Wie aus Stockholm gemeldet wird, wird in der kommenden Spielzeit am dortigen Dramaturgischen Theater die Uraufführung des Dramas „Mächte" stattfinden, dessen Autorin Karin Smirnow, eine Tochter Strindbergs aus erster Ehe, ist.

Herzensergüsse eines Theaterkenners

Pierre Veber, der lose Spötter, will die Welt glauben machen, ein glücklicher Zufall habe ihm das Tagebuch eines Theaterdirektors in die Hände gespielt, das die intimsten Gedanken des Bühnenmannes das Wesen des Theaters enthält „Comoedia" gibt ein paar Proben aus diesen boshaften Aufzeichnungen, von denen die folgenden mitgeteilt seien:

Wenn ein Theater nicht geht, verkaufe es, und du wirst ein gutes Geschäft machen. Wenn es geht, verkaufe es ebenfalls, und du wirst dabei nicht schlechter fahren.

Ein Theaterdirektor ist der einzige Kaufmann, der sich an seiner Pleite nicht bereichern kann.

Die Theaterleute teilen sich in zwei Gruppen: der einen gehören jene an, die Geld bezahlen, um dafür Liebe einzutauschen, und der anderen jene, die Liebe geben, um dafür Geld einzutauschen.

Ein Theaterdirektor wünscht nicht, daß ihm von irgend jemand die eingegangenen Manuskripte vorgelesen werden. Er zieht es vielmehr vor, sie selbst zu lesen und sich dadurch die Möglichkeit zu sichern, mit der Lektüre aufzuhören, wenn er genug davon hat.

Ein guter Titel ist mehr wert als eine gute Motivierung.

Ein „allbekannter" Bühnenschriftsteller ist im allgemeinen ein Schriftsteller, den man finanziell ausschlachtet.

Das Theater hat viele Feinde: Die Hitze, die Kälte, den Schnee, den Regen, die Sonne.

Wenn Schauspieler und Schauspielerinnen nach dem bezahlt würden, was sie wert sind, und nicht nach dem, was sie beanspruchen, so würden die Kosten erheblich herabgesetzt werden können.

Ist das Theater eine Kunst oder ein Geschäft? Wenn es nicht geht, ist es jedenfalls eine Kunst.

Groß-Berlin

Vorübergehende Stillegung der Straßenbahn.

Kündigung des gesamten Personals

Am gestrigen Tage haben, wie berichtet, im Magistrat wie im Aeltestenausschuß der Stadtverordnetenversammlung Beratungen über das Schicksal der Berliner Straßenbahn stattgefunden. Ueber die Beschlüsse, die in später Abendstunde vom Magistrat gefaßt wurden, wird durch Wolffs Telegraphenbureau folgende Mitteilung verbreitet:

„Der Magistrat sieht sich außerstande, die ungeheuren Fehlbeträge der Straßenbahn von jetzt rund 65 Milliarden Mark, die infolge der letzten Geldentwertung und der Steigerung der Inflation eingetreten sind, aus städtischen Mitteln aufzubringen. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, **die Straßenbahn in ihrem jetzigen Betrieb stillzulegen und das gesamte Personal zum nächstzulässigen Termin zu kündigen.** Natürlich kann der Straßenbahnverkehr nicht dauernd und vollständig liegen bleiben. Es wird deshalb sofort alles vorbereitet, um schnellstens den Betrieb in dem noch möglichen Umfange wieder aufnehmen zu können. Der Magistrat nimmt in Aussicht, hierfür **eine rein städtische Betriebsgesellschaft** zu bilden. Mit Staat und Reich sind die Verhandlungen über eine Unterstützung zur Erhaltung des Betriebes und eine Verständigung über die Tarife aller Berliner Verkehrsunternehmen aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß von dem Personal der Straßenbahn ein erheblicher Teil bald wieder eingestellt werden kann. Für die zur Entlassung Kommenden werden Maßnahmen vorbereitet, um wenigstens für eine Uebergangszeit die Härten der Arbeitslosigkeit zu mildern. Wegen der Durchführung des Beschlusses wird der Magistrat mit den Tarifvertragsparteien sofort in Verbindung treten."

Heute vormittag werden der Oberbürgermeister, der Stadtkämmerer und Stadtbaurat Dr. Adler im Reichsfinanzministerium über die Frage vorübergehender Zuschüsse durch das Reich verhandeln. Das Reich verlangt eine Entkommunalisierung der Straßenbahn und Vorschläge für den Wiederaufbau, die, wenn auch vorläufig keine Rentabilität, so doch eine Stabilisierung der Ausgaben gegenüber den Einnahmen ermöglichen. Man versucht augenblicklich noch eine gemischt-wirtschaftliche Betriebsform für die Straßenbahn zu finden, doch haben maßgebende Finanzkreise, mit denen nach dieser Richtung hin verhandelt worden ist, abgewinkt, weil sie der Ansicht sind, daß der schwerfällige bureaukratische Apparat der Stadtverwaltung bei dieser Betriebsweise auch in Zukunft ein Gedeihen des Unternehmens fast unmöglich machen würde.

Unter allen Umständen will man jetzt, nachdem ein großer Teil der Linien eingezogen und Berlin nur noch von einer Anzahl in der Richtung der Windrose die Stadt durchquerenden Linien befahren werden soll, den erweiterten Umsteigeverkehr einführen, um dem Publikum Gelegenheit zu geben, durch Uebersteigen von einer Linie auf die andere in die Nähe des gewünschten Zieles zu gelangen. Aber auch hier ist man sich vorläufig wieder nicht einig, ob der Umsteigefahrschein für zwei oder für drei Linien Geltung haben soll. Nur über den einen Punkt herrscht Klarheit, daß der Umsteigefahrschein nicht etwa zur Rückfahrt berechtigen soll.

Wie von anderer Seite berichtet wird, wird die **Kündigung** des Straßenbahnpersonals mit 14tägiger Frist zu Mitte September ausgesprochen werden. In erster Reihe werden die Verhandlungen des Magistrats mit den staatlichen Aufsichtsbehörden gepflogen werden müssen, da die Stadt auf Grund der ihr erteilten kleinbahngesetzlichen Genehmigung die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Betriebsfortführung hat.

*

Die vorübergehende Stillegung des Berliner Straßenbahnverkehrs bedeutet für die Berliner Bevölkerung, die zum großen Teil noch auf dieses Verkehrsmittel angewiesen ist, eine Katastrophe. Tausende von Werktätigen werden den weiten Weg zu ihrer Betriebsstätte zu Fuß zurücklegen müssen. Dabei ist es noch die Frage, ob diese rigorose Maßnahme den gewünschten Erfolg haben wird. Wenn der Betrieb „in dem noch möglichen Umfange" wieder aufgenommen wird, steht auch die neugebildete „städtische Betriebsgesellschaft" vor derselben Schwierigkeit. Das Personal wird wohl verringert werden, ob aber die Betriebskosten deshalb um so viel geringer werden, daß das bisherige Defizit bei dem eingeschränkten Verkehr beseitigt werden kann, ist sehr unwahrscheinlich. Jedenfalls muß gefordert werden, daß vor allem der ungeheure Beamtenapparat der Straßenbahn auf das äußerste eingeschränkt wird, denn es ist bekannt, daß in der letzten Zeit im Gegensatz zum Fahrerpersonal das Beamtenheer sich im umgekehrten Verhältnis vermehrt hat. Man muß die weiteren Beschlüsse des Magistrats abwarten, um zu diesem äußerst wichtigen Problem Stellung nehmen zu können. Jedenfalls jedoch kann jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß das Berliner Verkehrswesen gründlich und einheitlich reformiert werden muß. Halbe Maßnahmen würden wahrscheinlich die mißliche Lage nur vergrößern.

Die Freigebühren für die Pakete (auch nach dem Ausland) werden von morgen ab im allgemeinen nicht mehr durch Freimarken auf den Paketkarten, sondern bar zur Postkasse verrechnet. Die Verrechnung durch Freimarken wird nur noch bei kleinen Postanstalten beibehalten, für die sich die Barverrechnung aus besonderen Gründen nicht eignet. Auch die Firmen usw., denen die erweiterte Vorbereitung ihrer Pakete zur Einlieferung bei der Post zugestanden ist, haben die Gebühren, soweit sie diese bisher in Freimarken verrechnen, künftig bar zu zahlen. Die Gebührenentrichtung durch Ueberweisung oder Scheck bleibt solchen Firmen auch weiterhin gestattet.

Der „Verein der Wasserfreunde" hält seinen Betrieb der Badeanstalt, Königgrätzer Straße 19, nach wie vor aufrecht und zwar in den Wochentagen von Mittwoch bis Sonnabend.

Die neuen Sätze der Beherbergungssteuer. Erstmals in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag beträgt, wie uns der Verein Berliner Hoteliers mitteilt, die Beherbergungssteuer: für Inländer: bis 1½ Millionen 15 Prozent, bis 2½ Millionen 20 Prozent, bis 3½ Millionen 30 Prozent, über 3½ Millionen 40 Prozent; für Ausländer: bis 1½ Millionen 75 Prozent, über 1½ Millionen 80 Prozent.

Sprechstunden des Lichtenberger Mieteinigungsamtes. Das Bezirksamt Lichtenberg teilt mit: Unentgeltlich gewährte Sprechstunden des Mieteinigungsamtes Lichtenberg und der ihm angegliederten Abteilungen (Hypothekeneinigungsamt, Kleingartenschiedsgericht, Schlichtungsstelle) werden in den Monaten September und Oktober wie folgt abgehalten: In Lichtenberg: im Bureaugebäude, Möllendorffstraße 5 II, Zimmer 46: wochentäglich vormittags 9 bis 1 Uhr, Sonnabend vormittags 9 bis 12 Uhr. In Friedrichsfelde, Karlshorst: im Amtsgebäude, Treskow-Allee 44, Zimmer 4: Dienstags und Freitags, nachmittags 2 bis 4 Uhr. In Kaulsdorf: im Amtsgebäude, Adolfstraße 25 (Jugendheim): Mittwoch, den 12., 26. September, 10., 24. Oktober, nachmittags 4 bis 6 Uhr. In Mahlsdorf: im Amtsgebäude, Köpenicker Allee 1, Zimmer 8, Donnerstag, den 5., 19. September, 3., 17., 31. Oktober, nachmittags 4 bis 6 Uhr.

Ein größerer Tischlereibrand, der einen erheblichen Posten Bretter zerstörte, war gestern abend in der Landsberger Allee 37 abzulöschen. In der Nacht wurde die Wehr nach Drontheimer Straße 75 gerufen, wo eine geistesgestörte Frau aus dem Fenster auf die Straße gesprungen war, und tot liegen blieb. Sie wurde nach dem Schauhause gebracht. Wegen Gasvergiftungen hatten Samariter der Wehr an vier Stellen einzugreifen. In allen Fällen konnten die bereits bewußtlos gewordenen Personen unter Anwendung von Sauerstoff gerettet werden.

Diebstahl in der Porzellanmanufaktur

Der „Kunde aus Chile" — Eine Leitungsdrahtdiebesbande festgenommen

Eine kostbare Vase von Milliardenwert ist gestern vormittag aus dem Empfangsraum der Porzellanmanufaktur in Charlottenburg gestohlen worden. Hier erschien ein Mann, der sich Brandis nannte und aus Chile zu kommen angab und erklärte den Angestellten, daß er große Aufträge für sein Heimatland zu vergeben habe. Ein Angestellter nahm von ihm die Besuchskarte in Empfang, um sie an der zuständigen Stelle abzugeben. Unterdessen blieb der Fremde allein. Als der Angestellte zurückkehrte, war „Brandis" verschwunden, und bald entdeckte man, daß auch eine Vase nicht mehr vorhanden war. Die Kriminalpolizei, die benachrichtigt wurde, nahm sofort die Ermittelungen nach dem angeblichen Chilenen, der wahrscheinlich einen falschen Namen angegeben hat, auf, bisher ohne Erfolg. Es handelt sich um eine 10 bis 15 Zentimeter hohe rot glasierte Vase, der sogenannten Doltentechnik. Sie trägt in Handmalerei eine venezianische Landschaft. Für die Wiederbeschaffung ist eine hohe Belohnung zugesichert. Mitteilungen an das Revier 131 in Charlottenburg und das Charlottenburger Polizeipräsidium.

*

Eine neunköpfige Bande von gewerbsmäßigen Leitungsdrahtdieben, die aber auch Gullydeckel und anderes Metall nicht verschmähte, wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Ein Ziegendiebstahl, dessen einer der Burschen, allerdings zu Unrecht, bezeichnet wurde, führte auf ihre Spur. Die Diebe stammen alle aus der Gegend von Köpenick und trieben auch dort und um Friedrichshagen herum ihr Unwesen. Ein Dutzend Diebstähle konnte ihnen nachgewiesen werden, und sie räumten sie auch ein. Die Beute verkauften sie jedesmal an einen Händler Harry Pommer in der Andreasstraße 2. Das Publikum wird gebeten, sofort, wenn es verdächtige Leute an den Fernsprechleitungen hantieren sieht, die nächste Postverwaltung zu benachrichtigen. Ebenso wenn ihm Leute mit Leitungsdraht auffallen. Die Postverwaltung hat für jede Aufklärung eines Diebstahls eine angemessene Belohnung ausgesetzt.

Ein Handtaschenraub wurde gestern nachmittag um 5 Uhr in der Jenaer Straße 5 verübt. Als die 24 Jahre alte Köchin Fräulein Falkenstein, die dort in Stellung ist, die Treppe hinaufging, fiel plötzlich ein Mann über sie her, entriß ihr die Handtasche und versuchte damit zu entfliehen. Auf die Hilferufe der Beraubten eilten jedoch sofort Hausbewohner herbei und ergriffen den Räuber. Er wurde der Kriminalpolizei übergeben und als ein 30 Jahre alter Arbeiter Kurt Riedmann aus der Sedanstraße zu Schöneberg festgestellt. Der Verhaftete sagt, daß er aus Not gehandelt hat.

*

Ein Raubüberfall, der in Wildbad an einer Griechin verübt wurde, beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei, weil die Räuber zwei Griechen sind, die angeblich in Berlin studierten. Die beiden stiegen in Wildbad in einer Pension ab, in der eine Griechin wohnte. Sie nannten sich Hippelus und Christo Pesanis und erzählten, daß sie in Berlin studierten. Vorgestern nachmittag fielen die beiden über ihre Landsmännin her, betäubten sie, fesselten sie und raubten ihr 150 englische Pfund, 200 französische Francs, 20 Dollar, 1135 Drachmen und 350 Dinar. Sie fuhren mit einem Auto nach Baden-Baden und von dort mit dem Schnellzug nach Berlin ab. Hier sind sie mit diesem Zuge nicht angekommen. Vermutlich haben sie ihn schon in einer Vorstadt verlassen. Wahrscheinlich werden sie versuchen, das ausländische Geld bei Banken oder Wechselstellen in deutsches umzuwechseln. Mitteilungen nimmt das Raubdezernat Werneburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen. Die Räuber sind beide etwa 25 Jahre alt. Der eine ist etwa 1,75 Meter groß, schlank, aber breitschulterig, hat ein bartloses Gesicht, eine auffallend große Nase und schlechte Zähne und trug einen blauen, modernen Anzug, dunkellila Strümpfe und schwarze Schuhe. Der zweite ist ebenfalls mittelgroß, schlank und bartlos, hat ein spitzes Kinn, einen aufrechten Gang und nach hinten gekämmtes Haar. Beide sprechen Griechisch, Deutsch und Englisch.

Zu stillen Haveldörfern

Dem Wanderer, der die Schönheiten unserer Mark zu schätzen weiß, bieten sich auf diesem Ausfluge viele reizvolle Landschaftsbilder; denn die abseits der Heerstraße liegenden Dörfer bieten mit ihren Gehöften und ihren idyllischen Winkeln, mit den weiten Wiesen und dem dunklen Wald manch malerisches Bild.

Der Ausgangspunkt ist Werder. Die Stadt selbst berühren wir nicht, halten uns vielmehr vom Bahnhof links und kommen, die Bahnkreuzend, zur Phöbener Chaussee. Diese wendet sich sehr bald nach Norden und beginnt zu steigen. Von der „Paßhöhe" des 84 Meter hohen Wachtelberges haben wir einen prächtigen Fernblick, der uns für den etwas einförmigen Weg voll entschädigt. Weit dehnt sich der blaue Spiegel der Havel, umsäumt von grünen Wiesen und dunklem Kiefernwald. Unter uns liegt, an den Berg gelehnt, das freundliche Dörfchen Phöben. Zu ihm steigen wir hinab, durchwandern es und lassen uns zum Töplitzer Werder übersetzen. Jetzt halten wir uns rechts. Gehen zunächst einen Wiesenweg entlang, dann um den Windmühlenberg herum und erreichen nach ½ Stunde Alt-Töplitz mit seinen interessanten alten Bauernhäusern. Hier sowohl als in dem benachbarten Neu-Töplitz siedelte der Große Kurfürst schweizerische Familien an, deren Nachkommen noch heute hier leben. Von Alt-Töplitz führt eine Chaussee in östlicher Richtung nach Leest. Etwas weiter, aber bedeutend genußreicher ist der Weg um die Halbinsel herum; wenn auch zunächst schattenlos, so kommen wir doch sehr bald hinter der Ziegelei in den Wald, an dessen Rande wir entlang gehen. Herrliche Fernsichten bieten sich uns dar. Von rechts grüßen Werder und seine Obstgärten herüber, jenseits des großen Zernsees erheben sich die bewaldeten Höhen des Wildparkes, und sobald sich unser Weg nach Norden wendet, schweift der Blick über den klaren Spiegel der Wublitz nach Nattwerder und Grube hinüber. Nach einer Stunde haben wir Leest erreicht. Eine Brücke führt über die Wublitz nach Gruba. Wir durchwandern es und kommen nach einer kleinen Stunde, die Bahn Wildpark—Nauen kreuzend, nach dem stattlichen Dorf Bornim.

Hinter der Kirche steigt rechts ein Fußweg zum Pannberg hinauf, von dem aus sich eine herrliche Aussicht bietet ins grüne Havelland hinein. Uns links haltend, erreichen wir wieder die schöne Waldchaussee. Auf ihr wandern wir in südlicher Richtung an der Villa Lindstedt und dem Neuen Palais vorüber zur Wildparkstation. Man kann aber auch bald hinter Villa Lindstedt links zum Belvedere auf dem Drachenberg hinaufsteigen und über Orangerie und Sanssouci nach Potsdam zurückkehren und von hier die Heimfahrt antreten. Gehzeit ungefähr sechs Stunden.

M. S.

Keine Vorauszahlung der Gasgebühren

14tägige Ablesung des Gasmessers

Die Deputation für die städtischen Werke hat gestern abend nach längerer, eingehender Beratung beschlossen, von der Vorauszahlung der Gebühren für Gas usw. wieder Abstand zu nehmen. Es soll nunmehr eine vierzehntägige Ablesung der Gasmesser und danach die vierzehntägige Berechnung der Gebühren stattfinden.

Es soll, wenn irgend möglich, für den Monat August keine weitere Erhöhung des Gaspreises vorgenommen werden, wenngleich die neuen Kohlenpreiserhöhungen das Schlimmste befürchten lassen. Vom September ab würden dann zweimal Preise festgesetzt werden, für die Zeit vom 1. bis 15. und vom 16. bis 30. Es würde bei jedem Konsumenten zweimal abgelesen und zweimal einkassiert werden. Es hätte jeder Verbraucher bei der Einkassierung in der ersten Septemberhälfte für das bis dahin seit der letzten Ablesung verbrauchte Gas den Preis der ersten Septemberhälfte und bei der Ablesung in der zweiten Septemberhälfte den Preis der zweiten Septemberhälfte zu zahlen. Das System der Vorauszahlungen wird dann von dieser Neuregelung ab vollständig in Wegfall kommen.

Die Direktion der Gaswerke teilt mit, daß sie seit einer Woche vom Postscheckamt keine Abrechnungen mehr erhalten hat und infolgedessen auch über das dort einbezahlte Geld nicht disponieren kann. Die Vorauszahlungen ließen sich bei einer Million Kunden, um die es sich bei den Werken handelt, technisch nicht durchführen.

Ein Leser schreibt uns: „Am Montag, 20. August, wurde in Steglitz eine Zahlstelle der Gasbetriebsgesellschaft eingerichtet. Den vorausgehenden freien Sonntag hatte ich bereits dazu benutzt, mich über den Stand meines Gasmessers zu unterrichten und hatte festgestellt, daß seit der letzten Abnahme vom 13. Juli 60 Kubikmeter verbraucht worden waren. Montag vormittag erwarteten wir vergeblich den Gasmann. Darum sandte ich Dienstag früh meine Frau mit 3 600 000 Mark für 60 Kubikmeter zu je 60 000 Mark zu der Zahlstelle. Nach zweistündigem Warten in endlos langer Schlange von Leidensgefährtinnen wurde meine Frau dahin abgefertigt, daß ihr als „Vorauszahlung" für 30 Kubikmeter zu je 200 000 Mark 6 Millionen Mark abgeknöpft wurden. Der Beamte schien dies noch für ein großes Entgegenkommen zu halten; denn er erklärte, bis zur Abnahme werde der Gaspreis schon noch bedeutend wieder erhöht sein."

Dies Verfahren ist wohl der Gipfelpunkt der rücksichtslosesten Ausbeutung des Publikums.

Nur 1000 Gramm Zucker im September

Zunächst nur 500 Gramm auf Abschnitt A

Die Hauptgeschäftsstelle des Zuckerverkehrs 1922/23 gibt bekannt: „Das Reichsernährungsministerium hat für den Monat September nur 1000 Gramm Mundzucker je Kopf der Bevölkerung freigegeben. Die Verteilung auf die Fabriken durch die Zuckerwirtschaftsstelle ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Aus dieser Menge muß auch der Bedarf der Krankenhäuser und sonstigen Anstalten, Drogenhandlungen, Gasthäuser, Fremdenheime, sowie derjenige Verlust gedeckt werden, welcher erfahrungsgemäß bei der Beförderung, beim Auswiegen und durch Diebstahl entsteht.

Es läßt sich zurzeit noch nicht mit Sicherheit absehen, wieviel Zucker auf den Kopf jedes in Preußen zum Bezuge von Mundzucker Berechtigten im Monat September wird verteilt werden können. Es darf deshalb im September zunächst nur der Abschnitt A für September der preußischen Zuckerkarte mit 500 Gramm ab 1. September beliefert werden. Die Entscheidung, welche Zuckermenge auf Abschnitt B für September ausgegeben werden darf, bleibt vorbehalten.

Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik. Heute, 7½ Uhr abends, öffentlicher Diskussionsabend im Kaisersaal, Wilhelmstraße 111, II, zu dem Thema: „Was kann uns vor dem Zusammenbruch retten?" Redner: Pastor Braake und Hanns Schwann.

Berliner Handelszeitung

Börsenruhetag

Nachdem nunmehr der Inhalt der noch zu erwartenden Notverordnungen bekannt ist, trat sichtlich eine Beruhigung am Devisenmarkt ein. Es kam in Erwartung der durch die Notverordnung angeordneten Zwangsablieferung von Devisen erheblich mehr Material heraus, so dass die Kurse — auch bei der amtlichen Kursfestsetzung — eine Abschwächung erfuhren. Im freien Verkehr der Banken untereinander begann der Dollar mit etwa 5 400 000 bis 5 600 000.

Devisen	23. 8 Geld	23. 8 Brief	22. 8. Geld	22. 8. Brief
Holld. 1 Gld.	1995^{600}	2005^{600}	2094^{750}	2105^{250}
Dänem. 1 Kr.	942637	947362	987525	992475
Schwd. 1 Kr.	1346^{625}	135337	1411^{462}	1418^{537}
Norweg. 1 Kr.	827925	832075	867825	872175
Finnland 1 M.	145635	145365	149525	150375
Schweiz 1 Fr.	917700	922300	957600	962400
Argent. 1 Ps.	1635^{900}	1644^{100}	1695^{750}	1704^{250}
Oest. 100 K.	7281	7319	7481	7519
Ungarn 1 Kr.	28428	28572	29925	30075
Ts.-Sl. 1 Kr.	149625	150375	155610	156390
Span. 1 Ps.	675307	678692	704235	707765

Devisen	23. 8. Geld	23. 8. Brief	22. 8. Geld	22. 8. Brief
Amerika 1 D.	5067^{800}	5092^{700}	5286^{750}	5313^{250}
Belgien 1 Fr.	223440	224560	239400	240600
England 1 £	22[illegible]	23[illegible]	24[illegible]	24[illegible]
Frankr. 1 Fr.	283200	284710	301245	302755
Italien 1 Lire	219450	220550	229425	230575
Bulgar. 1 Lev.	42892	43108	46882	47118
Jugosl. 1 Din.	52368	52632	55860	56140
Japan 1 Yen	2468^{550}	2484^{187}	2593^{500}	2606^{800}
RioJan. 1 Mil.	483787	486272	513712	516287
Portug. 1 Esc.	214462	215533	249375	250625

Berliner Viehmärkte am 22. August

Bericht der Viehzentrale G. m. b. H., Berlin-Friedrichsfelde.

Der heutige Auftrieb an Schlachtvieh auf dem Zentralviehhof war in allen Viehgattungen, insbesondere bei Rindern, besser als am gleichen Markttage der Vorwoche. Es waren aufgetrieben: 1918 Stück Rinder, 1112 Stück Kälber, 2639 Stück Schafe, 1380 Stück Schweine, welche wie folgt gehandelt wurden: Rinder mit 200 000 bis 440 000 M. pro Pfund Lebendgewicht, Kälber mit 350 000 bis 750 000 M. pro Pfund Lebendgewicht, Schafe mit 300 000 bis 580 000 M. pro Pfund Lebendgewicht, Schweine mit 600 000 bis 750 000 M. pro Pfund Lebendgewicht. Klasse A für Schweine — Fettschweine über 3 Zentner — wurde nicht notiert.

Die Zufuhren zum Magerviehhof zu Berlin-Friedrichsfelde waren etwas grösser als in der Vorwoche. Es standen zum Verkauf: 1147 Stück Ferkel und Läuferschweine, 128 Stück Schweine. Das Geschäft war lebhaft bei erhöhten Preisen. Nach Gewicht wurden Ferkel mit 350 000 bis 450 000 M. und grössere Läuferschweine in der Preislage von 500 000 bis 600 000 M. pro Pfund Lebendgewicht gehandelt.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Vielfach heiter, nachts kühl, am Tage wieder ziemlich rasche Erwärmung. Vorübergehend etwas stark bewölkt, bei südwestlichen Winden.